

An die
Redaktionen

Stellungnahme der Bürgerliste Leverkusen (BL)

Schulplatzstreit Hitdorf: Solidarität endet nicht an der Stadtgrenze – Nein zu kostspieligen Sonderlösungen

Die aktuelle Debatte um die Aufnahme von Kindern aus Leverkusen-Hitdorf am **Otto-Hahn-Gymnasium (OHG) in Monheim** erreicht eine Dimension, die wir als Wählergemeinschaft nicht länger unkommentiert lassen können. Was hier von einer Elterngruppe als „notwendige wohnortnahe Beschulung“ eingefordert wird, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als ein massiver Angriff auf das solidarische Schulsystem unserer Stadt.

Es ist politisch und sachlich nicht vermittelbar, warum Eltern die Aufnahme am OHG unter Verweis auf kurze Wege und soziale Kontakte fordern, gleichzeitig aber die Plätze an der **benachbarten Gesamtschule im selben Gebäudekomplex** kategorisch ablehnen. Wer die Zuweisung zu einer modernen Gesamtschule im direkten Umfeld als „Abwertung“ oder „Notlösung“ stigmatisiert, diskreditiert eine erfolgreiche Schulform und stellt persönliche Prestigewünsche über pädagogische Realitäten. Das Abitur an einer Gesamtschule ist qualitativ absolut gleichwertig.

Die Forderung nach exklusiven Gymnasialplätzen in der Nachbarstadt Monheim ist für die Stadt Leverkusen mit erheblichen Kosten verbunden. Sei es durch Ausgleichszahlungen an die Stadt Monheim oder durch zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen – am Ende zahlt die Allgemeinheit der Leverkusener Bürger für die Standesdünkel einer kleinen Gruppe. In Zeiten knapper Kassen ist es unverantwortlich, den städtischen Haushalt durch solche Sonderwünsche zu belasten, während an anderen Schulen in Leverkusen Sanierungsstau herrscht.

Leverkusen und Monheim arbeiten in vielen Bereichen erfolgreich zusammen. Diesen nachbarschaftlichen Frieden durch juristische Grabenkämpfe oder öffentlichen Druck wegen einer angeblichen „Unterversorgung“ zu gefährden, halten wir für brandgefährlich. Wenn Kapazitäten an der Gesamtschule Hitdorf/Monheim vorhanden sind, müssen diese vorrangig genutzt werden.

Wir fordern Oberbürgermeister Hebbel hier eine klare Linie zu ziehen. Die freie Schulwahl ist ein hohes Gut, aber sie beinhaltet keinen Anspruch auf eine steuerfinanzierte Wunsch-Schulform direkt vor der Haustür, wenn eine adäquate und räumlich identische Alternative zur Verfügung steht.

Horst Müller

Peter Viertel

Vorsitzender

stellv. Vorsitzender